

ZA – Archiv Nr. 0245

Berlin-Situation
(1963)

(Oktober – Dezember 1963)

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT

Herausgegeben vom wissenschaftlichen Leiter Prof. Dr. Otto Stammer, Berlin

BAND 19

KURT L. SHELL

Bedrohung und Bewährung

Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise

85
026



WESTDEUTSCHER VERLAG · KÖLN UND OPLADEN · 1965

den Puls des Patienten fühlen zu wollen, um sachlich die Symptome des Leidens zu registrieren; es sei unmöglich, die eigenen Werturteile aus der Analyse fernzuhalten und nicht zum Befürworter einer bestimmten politischen Linie zu werden. Zweifellos sind diese und andere Einwände teilweise berechtigt. Dennoch sind sie nicht so erheblich, daß ihretwegen auf die geplante Untersuchung verzichtet werden mußte. Die Gelegenheit, als »teilnehmender Beobachter« eine Analyse von »innen« zu versuchen, schien das Vorhaben trotz allen notwendigerweise damit verbundenen Unzulänglichkeiten zu rechtfertigen.

Die größte Schwierigkeit bestand darin, eine Fragestellung zu finden, die es erlauben würde, die große Fülle des Materials sinnvoll einzuordnen und damit mehr als eine übersichtliche oder umfassende Beschreibung einer dramatischen politischen Entwicklung zu liefern. Das Konzept, nach dem schließlich die Untersuchung gestaltet wurde, entsprach einer breit angelegten »*decision-making-study*« (Analyse des politischen Entscheidungsprozesses). Im Vordergrund stand die Auffassung, daß die Bedrohung Berlins für die politische Führung der Stadt besondere Probleme schuf, die sie lösen mußte, um West-Berlin als ein parlamentarisch-demokratisches Gemeinwesen und integralen Bestandteil der westlichen Welt zu bewahren. Das Hauptgewicht der Arbeit lag demnach auf der Beantwortung von drei Fragen: Wie stellten sich den politischen Führungskräften Berlins die Herausforderungen in der Periode nach dem 13. August dar? Wie weit und welcher Art war der Rahmen, innerhalb dessen die politische Führung ihre Entscheidungen fällen mußte? Wie reagierte sie auf die politischen Herausforderungen? Da Berlin im Mittelpunkt weltweiter Aufmerksamkeit stand und einen Brennpunkt des globalen Ost-West-Konfliktes bildete, war das Handlungsfeld der politischen Führung Berlins nicht auf die Stadt zu beschränken. Wenigstens in Umrissen mußte das weltweite Entscheidungsfeld nachgezeichnet werden, um die Realität zu vermitteln, mit der sich die politische Führung konfrontiert sah. Das bedeutete jedoch, daß der Autor ständig in Versuchung geriet, die der Arbeit gesetzten Grenzen zu sprengen. Jedes Kapitel oder sogar Teile mancher Kapitel hätten Gegenstand einer Spezialuntersuchung sein können oder sein sollen. Doch schien es notwendig, selbst wenn sich der Verfasser damit dem Vorwurf der Oberflächlichkeit aussetzte, sich auf das sichtbare Siebtel des Eisbergs zu beschränken, das über die Oberfläche des Wassers hervorragt, und die Untersuchung des unter der Oberfläche liegenden Teils anderen oder einem späteren Zeitpunkt zu überlassen. Die Entscheidung, ob es wissenschaftlich vertretbar war, den politischen Entscheidungsprozeß in der angedeuteten Vielschichtigkeit zu untersuchen, muß dem Leser überlassen werden.

Die Fragestellung brachte es mit sich, daß dasselbe Problem von mehreren Seiten her betrachtet werden mußte, so daß der Text in einzelnen Kapiteln Überschneidungen und Wiederholungen enthält. Da von einer chronologischen Darstellung abgesehen wurde, werden bedeutende Ereignisse und Entscheidungen in ihrer thematischen Zusammengehörigkeit, ohne Beziehung zu anderen, gleichzeitigen erörtert. In den ersten zwei Kapiteln werden Hintergrund und Vorgeschichte der Berlin-Krise und ihr Verlauf nach der Absperrung des 13. August 1961 geschildert. Die folgenden Kapitel III bis V enthalten die Beschreibung und Analyse wesentlicher Faktoren, die die politische Führung Berlins in ihren Entscheidungen in Betracht ziehen mußte: Die Einstellung der Schutzmächte, der Ostblockstaaten, der »Blockfreien« und der Bundesregierung zum Berlin-Problem; die »Moral« der Bevölkerung West-Berlins; und die Diskussion um eine »Lösung« des Berlin-Problems seitens des politisch aktiven Teils der Bevölkerung. Im weiteren wird der Prozeß der Konfrontation, Diskussion und Entscheidungsbildung innerhalb der Führungsgremien behandelt, insbesondere die Auseinandersetzung um eine »flexible« oder »prinzipientreue« Politik und die Bewältigung der akuten Probleme: Sicherung der öffentlichen Ordnung nach außen und innen und der wirtschaft-

lichen und kulturellen Basis der Stadt. Abschließend wird der Versuch unternommen, die Fäden zu bündeln und zu einer Aussage über die Struktur des Entscheidungsprozesses im bedrohten Berlin zu gelangen.

Die Periode der »Berlin-Krise«, die im Mittelpunkt der Untersuchung steht, dauerte vom 13. August 1961 bis Ende des Jahres 1962; dann ließ der Druck auf Berlin im Zusammenhang mit der Kuba-Konfrontation merklich nach. Einige Probleme wurden jedoch über diesen Zeitpunkt, an dem die intensive Auswertung des Materials abschloß, weiterverfolgt. Besonders die öffentliche Diskussion zwischen Regierung und Opposition nach dem Bruch der Berliner Koalition im Februar 1963 und die fortgesetzte Auseinandersetzung um die Passierscheinfrage, in der sich die Vielschichtigkeit des politischen Entscheidungsprozesses widerspiegelte, mußten weiterhin berücksichtigt werden. Die Arbeit wurde unmittelbar nach dem 13. August 1961 aufgenommen und redaktionell im Frühjahr 1964 abgeschlossen.

Als Quellen dienten der Arbeit vornehmlich die in der Tages- und Wochenpresse veröffentlichten Informationen, des weiteren die Resultate der unter Leitung des Verfassers durchgeführten Meinungserhebungen und publizierte oder ihm zur Verfügung gestellte Ergebnisse anderer Umfragen. *Last but not least* stützt sich der Verfasser auf eine Reihe von Gesprächen und Interviews, die ihm von führenden Persönlichkeiten in Regierung (Senat), Verwaltung und Parteien gewährt wurde, und (gelegentlich vertrauliche) schriftliche Unterlagen, die diese ihm zur Einsichtnahme und Auswertung überließen. Der Leser wird um Verständnis dafür gebeten, daß angesichts der Aktualität der hier behandelten politischen Themen präzise Hinweise auf die Quellen von Informationen nicht immer gegeben werden konnten. Ausdrücklich sei hinzugefügt, daß die in führenden Positionen tätigen Informanten in keinem Fall versuchten, auf Inhalt und Art der Darstellung Einfluß zu nehmen.

Die vorliegende Arbeit wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung von seiten der Ford-Foundation, der Freien Universität Berlin und des Berliner Zahlenlotos. Der Beirat des Berliner Zahlenlotos gewährte in großzügiger Weise die Mittel für Meinungsumfragen in Berlin und in Westdeutschland. Außer den für die Unterstützung des Projektes verantwortlichen Mitgliedern dieser Gremien, denen ich zu tiefstem Dank verpflichtet bin, möchte ich vor allem denjenigen Mitgliedern der politischen Führung Berlins meinen Dank aussprechen, die in einer Zeit der schwersten Bedrängnis und Belastung einer wissenschaftlichen Untersuchung der Berlin-Krise mit bemerkenswerter Offenheit begegneten und sie durch ihre Bereitschaft, mir Einblick in den Entscheidungsprozeß zu gewähren, aktiv förderten. Ich danke all jenen im öffentlichen Leben Berlins Tätigen, die ihr Interesse an der Untersuchung bekundeten und dem Verfasser mit Informationen und Rat halfen.

Den EMNID-Instituten danke ich für ihren Beitrag zur technischen Durchführung der Befragungen sowie für ihre Bereitwilligkeit, mir Resultate anderer relevanter Befragungen zugänglich zu machen; besonders aber den Herren Dr. Graf Blücher und Klaus Eberlein, die über das pflichtgebundene Maß hinaus an der Studie Anteil nahmen und mich durch Hinweise unterstützten. Dr. Klaus Schreiber, der im Auftrag des Verfassers eine Reihe von Fragen in sein Erhebungsprogramm übernahm, trug zur Ergänzung des Bildes bei, indem er freundlicherweise die Resultate relevanter Fragen aus vorhergegangenen Erhebungen des von ihm geleiteten *Berlin-Test* zur Auswertung in der vorliegenden Arbeit aufbereitete und freigab. Dr. Harold Hurwitz überließ dem Verfasser freundlicherweise die Resultate einiger im Auftrage des Senats vorgenommener Meinungsbefragungen. Besonderen Dank schulde ich auch Herrn Professor Behrens und den Mitarbeitern des Instituts für Marktforschung an der Freien

TABELLE 13

Erwünschtes Verhalten des Senats zu Aktionen von West-Berlinern⁴⁸

| | Frage: Was ist Ihre Meinung: Sollte der Senat Aktionen von West-Berlinern, die Menschen von drüben zur Flucht verhelfen wollen, unterstützen, dulden, verhindern oder bestrafen? | Frage: Und wie ist es mit Aktionen von West-Berlinern, die mit Sprengstoff gegen die Mauer demonstrieren? Sollte der Senat das unterstützen, dulden, verhindern oder bestrafen? |
|---------------|--|---|
| Unterstützen | 36% | 1% |
| Dulden | 46% | 7% |
| Verhindern | 9% | 46% |
| Bestrafen | 1% | 39% |
| Unentschieden | 8% | 7% |
| | 100% | 100% |

richtig gehalten⁴⁹ und vermutlich auch von ebenso vielen befolgt⁵⁰. Und selbst die Schließung der Passierscheinstellen, von der die große Zahl jener West-Berliner besonders betroffen war, die Verwandte und Freunde im Ostsektor oder in der Sowjetzone hatte⁵¹, hielten 72% der Interviewten für richtig und nur 15% für falsch⁵². Sogar der Einsatz von Lautsprecherwagen an der Sektorengrenze wurde noch von etwa zwei Dritteln der Bevölkerung bejaht, obwohl die Gefahr des »Lärmkrieges« und damit die Nutzlosigkeit des Unternehmens durchaus erkannt wurde⁵³. Wie bereits erwähnt, befürworteten oder begrüßten etwa auch zwei Drittel öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen, aber sie sahen eine klare Grenze zwischen Demonstrationen, die nur symbolischen Charakter hatten, und solchen, die zu gefährlichen Zwischenfällen führen könnten. Fast 80% meinten, daß die West-Berliner Polizei Zwischenfälle an der Mauer verhindern sollte; nur 10% hielten es nicht für eine Aufgabe der Polizei, die Mauer zu schützen (siehe Tabelle 14).

Die »Vorpostenlage« Berlins und die Errichtung der Mauer bringen es mit sich, daß das politische Moment eine weit größere Rolle im Denken des West-Berliners — wenn auch nicht immer in seinem Handeln — spielt als für die Menschen in Westdeutschland. Eine Flucht in die »Privatsphäre« ist weit schwieriger, die Verzahnung zwischen »hoher Politik« und täglichem Leben erheblich enger als »in der Etappe«. Wenn es auch möglich und wünschenswert bleibt, in West-Berlin trotz der Mauer weiterhin ein normales Leben zu führen, so gehörte zu dieser »Normalität« die keineswegs vergessene Tatsache der Spaltung der Stadt durch die Mauer. Die Mauer und nicht irgendein historisches Gebäude oder Denkmal wurde zum »Symbol« Berlins und damit der eigenen

⁴⁸ Diese Fragen wurden im Auftrage des Instituts für politische Wissenschaft von Dr. Klaus Schreiber, Berlin, in dessen Forschungsprogramm »Wechselwirkungen zwischen politischen und ökonomischen Haltungen der Berliner Bevölkerung« aufgenommen. Die Ergebnisse dieser zusätzlichen Fragen werden im folgenden als »WB 1963« zitiert, alle übrigen jenes Forschungsprogramms als *Berlin-Test 1963*. Die Stichprobe bestand aus 880 Befragten über 18 Jahren, die nach dem Quotenverfahren ausgewählt und in der Zeit von Oktober bis Dezember 1963 befragt wurden. *WB 1963*, S. 23, Tab. 8 a; S. 25, Tab. 9 a.

⁴⁹ Vgl. *WB 1962*, S. 132, Tab. 42.

⁵⁰ Die Benutzung der S-Bahn ging nach dem 13. August schätzungsweise um vier Fünftel zurück und blieb dann mit geringen Schwankungen konstant. Vgl. u. VII. Kapitel, S. 348 ff.

⁵¹ 78% der Befragten gaben an, daß sie nahe Verwandte oder enge Freunde in der Zone oder im Ostsektor hätten. (*WB 1962*, S. 54, Tab. 18.) Der Ansturm auf die Passierscheinstellen zum Jahresende 1963 war ein Beleg für die große Zahl der Betroffenen. Vgl. u. VI. Kapitel, S. 304 ff.

⁵² *WB 1962*, S. 156, Tab. 52.

⁵³ *A. a. O.*, S. 120, Tab. 36. Vgl. u. VII. Kapitel, S. 345 ff. Die Zustimmung schwankte, je nach der Formulierung der Begründung, zwischen 57% und 71%. Sie war am schwächsten, als der damit verbundene Lärm erwähnt wurde, am höchsten, wenn die Betonung auf der Verbreitung der Wahrheit lag.

TABELLE 14
Einstellungen zum Einsatz der Polizei gegen Demonstrationen⁵⁴

Frage: Wie Sie sich vielleicht erinnern werden, hat im November 1961 eine große Protestdemonstration der Berliner Jugend am Reichskanzlerplatz stattgefunden. Einige Gruppen wollten damals anschließend an die Mauer marschieren, wurden aber am Bahnhof Zoo von der Polizei davon mit Gewalt abgehalten. Hierüber gibt es mehrere Meinungen. Welche davon halten Sie für die richtigste? (Nach Vorlage einer Liste Antwortmöglichkeiten vorgegeben)

| | Das war richtig; man muß alle Provokationen rechtzeitig verhindern | Man hat zu früh eingegriffen. Es wäre Zeit gewesen zu handeln, wenn es zu Zwischenfällen an der Mauer gekommen wäre | Warum sollten die nicht an der Mauer demonstrieren? Es ist nicht Aufgabe der Polizei, die Mauer zu schützen | Keine Angaben | Zusammen | Anzahl der Befragten |
|----------------------------|--|---|---|---------------|----------|----------------------|
| Insgesamt | 59% | 20% | 10% | 11% | 100% | 1 591 |
| Männer | 60% | 23% | 10% | 7% | 100% | 653 |
| Frauen | 59% | 17% | 11% | 13% | 100% | 938 |
| 18 bis unter 21 Jahre | 53% | 28% | 13% | 6% | 100% | 145 |
| 21 bis unter 25 Jahre | 54% | 25% | 12% | 9% | 100% | 112 |
| 25 bis unter 35 Jahre | 52% | 25% | 15% | 8% | 100% | 216 |
| 35 bis unter 50 Jahre | 63% | 20% | 9% | 8% | 100% | 384 |
| 50 bis unter 65 Jahre | 62% | 16% | 10% | 12% | 100% | 439 |
| 65 und mehr Jahre | 62% | 14% | 6% | 18% | 100% | 288 |
| Volksschulbildung | 60% | 18% | 10% | 12% | 100% | 980 |
| Mittlere Reife | 61% | 20% | 10% | 9% | 100% | 398 |
| Abitur | 60% | 26% | 9% | 5% | 100% | 137 |
| Abgeschl. Hochschulbildung | 52% | 31% | 15% | 2% | 100% | 54 |

⁵⁴ *WB 1962*, S. 148, Tab. 49. Bei der Aufgliederung nach Alter und Bildung sind die Befragten, die zu Alter und Bildung keine Angaben machten, nicht berücksichtigt. Dadurch verringert sich in dieser und den folgenden Tabellen die Anzahl der Befragten bei der Aufgliederung nach Alter auf 1584, bei der Aufgliederung nach Bildung auf 1569 (*WB 1962*).

lag in der Verantwortung von EMNID. In Berlin konnten die Interviewer zusätzlich vom Institut für politische Wissenschaft kontrolliert werden. Hier zeigten sich zu Beginn der Hauptuntersuchung ziemliche Schwierigkeiten, die weder bei der Intensivstudie, noch im Vortest aufgetreten waren: Es hüllten sich die Verweigerungen von Interviews. Als Gründe gaben die Interviewer die besondere Situation Berlins, das Thema der Umfrage und die Länge des Fragebogens an. Anscheinend weigerten sich jedoch in erster Linie die Interviewer, die etwas aus dem üblichen Rahmen fallenden Interviews zu veranstalten, und nicht die Interviewten. Die späteren regelmäßigen Umfragen von *Berlin-Test* sowie die Senatsuntersuchungen brachten nicht besonders viele Verweigerungen. Nach Abschluß der Feldarbeit wurde die Kontrolle der Fragebogen, die Verschlüsselung der offenen Fragen und die Nachverschlüsselung der unter »Sonstige« bei den feldverschlüsselten Fragen ermittelten Antworten von der Arbeitsgruppe des Instituts für politische Wissenschaft vorgenommen. Gleichzeitig erfolgte die Festlegung der sogenannten Übercodes, d. h. die Kombination von Antworten auf verschiedene Fragen zu zusammenfassenden Gruppen, die im Anschluß an die Übertragung der Daten auf Lochkarten ausgezählt und in die Originalkarten mitgelocht wurden. Einzelheiten dazu finden sich im Berichtsteil, so daß sich eine weitere Darstellung hier erübrigt. Die Übertragung der Daten auf Lochkarten und die Grundauszählung, die die Gesamtstichprobe sowie die Aufteilung nach Alter, Beruf und Schulbildung umfaßten, wurden von EMNID ausgeführt.

Im weiteren Verlauf der Analyse half die Lochkartenstelle des Statistischen Landesamtes Berlin bei der Auszählung nach sogenannten Schnittgruppen. Die Schnittgruppen sind Aufteilungen der Stichprobe nach den Antworten auf thematisch wichtige Fragen bzw. nach Übercode-Antworten. Auf Einzelheiten dieser Analyse wurde bereits oben im IV. Kapitel eingegangen. Umfangreichere und kompliziertere Kreuzauswertungen der Fragen wurden im Institut für Markt- und Verbrauchsforschung der Freien Universität Berlin von Mitarbeitern der Arbeitsgruppe des Instituts für politische Wissenschaft erarbeitet. Im IV. Kapitel wurden nur diejenigen Kreuzauswertungen berücksichtigt und interpretiert, die positiv oder negativ bedeutsame Ergebnisse brachten. Die zahlreichen Kontrollkorrelationen wurden nicht im einzelnen dargestellt. Eine Reihe von Teilauswertungen bestimmter Fragenkomplexe, die vor allem methodische Relevanz haben, ist geplant bzw. in Arbeit. Auf ihre Veröffentlichung wird hier ebenso wie auf den Abdruck des Fragebogens verzichtet, um den Rahmen des Buches nicht zu sprengen.

Die nachträgliche Untersuchung durch *Berlin-Test* (Vierte Stufe)

In der Zeit zwischen Juni und Dezember 1963 fanden kleinere Nachuntersuchungen statt, die das Institut *Berlin-Test* dank dem Entgegenkommen seines Leiters, Dr. Klaus Schreiber, im Rahmen anderer Erhebungen übernahm. Es handelt sich dabei einmal um die Vorauswertung von 34 Testfragen aus einer Untersuchung von *Berlin-Test*, deren Ergebnis Dr. Schreiber für die vorliegende Studie zur Verfügung stellte. Die Fragen decken sich inhaltlich, wenn auch nicht in der Formulierung, mit den Fragen des Instituts für politische Wissenschaft. Die Basis für die Befragung war eine Stichprobe von 819 Personen. Sie fand zwischen Juni und Oktober 1963 statt. Weitere elf Testfragen, die teils wörtlich dem Fragebogen der Hauptuntersuchung entnommen, teils mit Bezug auf aktuelle politische Ereignisse neu formuliert wurden, konnten im Auftrag des Instituts für politische Wissenschaft in Gang befindlichen Erhebungen eingefügt werden. Die Basis dieser Befragung, die in der Zeit von Oktober bis Dezember 1963 stattfand, betrug 880 Fälle. Für Einzelheiten beider Untersuchungen, für deren Leitung und Kontrolle Dr. Klaus Schreiber verantwortlich zeichnet, kann ebenfalls auf das IV. Kapitel dieses Buches verwiesen werden.

Anhang B

DIE WAHL VOM 17. FEBRUAR 1963

Die Wahl von 1958¹ fiel mit dem Beginn der durch das Chruschtschow-Ultimatum hervorgerufenen Berlin-Krise zusammen; die nächste, im Februar 1963, wurde abgehalten, nachdem das akute Stadium der Krise beendet war. Paradoxierte Weise war es jedoch gerade das Abflauen der Krise, das sich auf die Wahl oder zumindest den Wahlkampf auswirkte und das politische Sprengmaterial lieferte, das zu harten Auseinandersetzungen und zum Bruch der langjährigen Koalition zwischen SPD und CDU führte. Hätte die Wahl zu einem Zeitpunkt stärksten kommunistischen Drucks auf Berlin stattgefunden, wäre es kaum zweifelhaft, daß die Konflikte und die unterschiedlichen Auffassungen der Parteien hinter das Bekenntnis zur »Einheit vor dem Feinde« zurückgestellt worden wären. Doch die Bedrohung war Anfang 1963 nicht mehr so spürbar und die Verpflichtung zur »Gemeinsamkeit« daher weniger zwingend. Trotzdem wurde wohl beinahe zufällig die grundlegende Frage, wie in der besonderen Situation Berlins zu verfahren sei, vermutlich entgegen den ursprünglichen Plänen der Wahlkampfstrategen beider großen Parteien zum Kernpunkt der parteipolitischen Auseinandersetzung. Allerdings wird hier zu prüfen sein, wie groß der Einfluß auf den Ausgang der Wahl tatsächlich war.

Die SPD sah ursprünglich ihre hauptsächlichsten Aufgaben im Wahlkampf darin, die Person Brandts in den Vordergrund der Wahlwerbung zu stellen und die gemeinsamen Aufgaben zu betonen, »das Gemeinsame über das Trennende« zu stellen². Unter den Parolen »Wir schaffen es« und »Berlin hat gute Freunde« ging sie in die Wahl und war offensichtlich daran interessiert, scharfe Kontroversen aus der Diskussion herauszuhalten, das »Positive« zu betonen und für die SPD den Aufstieg Berlins und die Abwehr der Bedrohung wirken zu lassen. Die kommunistische Bedrohung sollte nicht dramatisiert werden³. Die SPD verzichtete weitgehend auf Wahlversammlungen traditionellen Stils und legte das Hauptgewicht der Werbung auf »objektive«, teilweise überparteiliche Gespräche, vor allem mit dem Regierenden Bürgermeister⁴. Mit Mitteln der Massenwerbung, vor allem mit Plakaten, sollte die Identifikation: »Berlin – Brandt – SPD« erzeugt werden⁵.

Der CDU mußte es darauf ankommen, gerade diese Identifikation zu zerstören. Sie konnte daher nicht nur einen »unpolitischen« oder »überparteilichen« Appell an die Wähler richten. Die Schwierigkeit bestand für die CDU darin, ein eigenes politisches Profil zu gewinnen, ohne daß sie die Erfolge der Senatskoalition für sich in Anspruch nehmen oder schmälern durfte. Während die SPD in ihrer Propaganda den Koalitionspartner vernachlässigen konnte, war es der CDU unmöglich, Brandt ebenso zu ignorieren. Der Wahlkampf der CDU war daher von Anfang an aggressiver und politischer als der der SPD. Die Wahlkampfstrategen glaubten in Brandts Tripel-Rolle als Regierender Bürgermeister von Berlin, Kanzlerkandidat und 2. Vorsitzender der SPD ein gutes Angriffsziel gefunden zu haben, außerdem in der häufigen Abwesenheit Brandts von Berlin⁶. Das 10-Punkte-Programm, das der CDU-Parteitag einstimmig annahm, war ausschließlich der Berlin- und Deutschland-Frage gewidmet und forderte eine

¹ Dazu s. Kurt L. Shell und Nils Diederich, »Die Berliner Wahl vom 7. Dezember 1958«, in: *Zeitschrift für Politik*, N. F., 7. Jg. (1960), Heft 3, S. 241 ff.

² Dazu *Wir schaffen es*, hrsgg. vom Landesverband Berlin der SPD, Berlin 1963, bes. Klaus Schütz, »Die Ausgangslage«. Darin heißt es: »Berlin hat keine inneren Feinde. Es entspricht dem Bedürfnis der Berliner, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Alle Unzufriedenheit und aller Unwille wird auf den äußeren politischen Gegner konzentriert. Kleinliche Auseinandersetzungen innerhalb Berlins und seiner Parteien stoßen nicht auf Verständnis. Die Führung Berlins liegt in den Händen von Willy Brandt. Die Probleme der großen Politik werden durch Personen verkörpert. Die besondere Berliner Problematik bedeutet ein gesteigertes Bedürfnis nach Personalisierung politischer Probleme und Inhalte. Die SPD war in Berlin immer schon populär. Sie ist es durch Willy Brandt im verstärkten Umfang. Die CDU wird im politischen Leben nicht sonderlich wahrgenommen. Wer sich ohne Grund mit ihr auseinandersetzt, macht sie bekannt und wertet sie auf« (S. 1).

³ Grundlage dieser Strategie war die Einschätzung der psychologischen Situation »des Berliners«: »Einmal ist er selbstverständlich stolz auf die weltpolitische Rolle seiner Stadt. Auf der anderen Seite möchte er aber nicht andauernd erinnert werden, daß er in einer »Frontstadt« lebt. Er möchte diese Stadt vielmehr als ein aufblühendes, weltoffenes Gemeinwesen sehen, in dem normale Lebensbedingungen herrschen« (ebda.).

⁴ A. a. O., S. 2 und S. 3 (»Das Gespräch mit dem Bürger«).

⁵ Die SPD entschied sich für ein einziges Plakat, das ein Porträt Brandts (ohne Namensnennung) vor einem blauen Hintergrund zeigte, mit dem Text »SPD« bzw. »Wir schaffen es«. 70 000 dieser Plakate wurden gedruckt, 10 000 Stelltafeln verwendet (A. a. O., S. 17).

⁶ Vgl. Amrehns Rede auf dem 36. Landesparteitag der CDU; *Der Tagesspiegel* vom 2. Dezember 1962, S. 1 f.